

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **168 (2002)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DEUTSCHLAND

Heer der Zukunft

Die Lenkungsgruppe «Personal des Heeres» hatte noch im letzten Jahr ihre Arbeit aufgenommen. Ende November 2001 fand in Bonn unter Leitung des Stellvertretenden Inspektors des Heeres, Generalleutnant Dietrich, die konstituierende Sitzung statt. Dabei hat sich innerhalb des Heeres ein neues Problem aufgezeigt. Die im Zusammenhang mit der Bundeswehrreform eingesetzten Personalplaner schaffen schneller neue Dienstposten, als Mitarbeiter aus alten Verwendungen freigesetzt werden können. Denn die aufzulösenden Verbände wollen möglichst lange die ihnen zur Verfügung stehenden Kameraden

halten, während die neuen Bedarfsträger auf die dringende Besetzung freier Stellen warten. Ein leistungsfähiges «Vakanzenmanagement» soll nun dem frühzeitig entgegenwirken. Gemäss Weisung von General Dietrich sollen alle im Zuge der Reform anfallenden Probleme der Personalführung, -organisation und -ausbildung bereichsübergreifend geklärt werden. Diese Lösung soll für alle «Heeresuniformträger», d.h. für sämtliche Soldaten des Heeres gelten, die zukünftig u.a. in der Streitkräftebasis dienen. Die Personalexperten erkannten schon bei ihrem ersten Treffen, dass die Bearbeitung der Stärke- und Ausrüstungsnachweisungen (STAN) nicht beschleunigt werden kann.

hg

Deutsche Spürpanzer «Fuchs» werden nach Kuwait verlegt

Die Meldung von der bevorstehenden Verlegung der für Antiterroraktionen von deutscher Seite zugesagten ABC-Abwehrkräfte mit ABC-Spürpanzern «Fuchs» nach Kuwait hat Spekulationen ausgelöst, dass diese Teil einer Vorbereitung auf eine Operation in den Irak sein könnte. Fachleute meinen, die Wahl dieser Region für die Dislozierung habe nur Sinn, wenn sie einem Aufmarsch gegen den Irak gilt. Nun hat der US-Präsident Bush wiederholt erklärt, der Krieg gegen den Terrorismus werde gegen alle Staaten geführt werden, die auf ihrem Territorium Terroristenausbildung betrieben oder zulassen sowie Terroristen Unterschlupf gewährten oder unterstützten. Zu diesen potenziellen Staaten gehört zweifellos der Irak, der ja seit langem der Intimfeind der USA ist. Aber einen Krieg gegen diesen Staat wäre etwas anderes als gegen Afghanistan. Er erforderte Kräfte und Anstrengungen in der Grössenordnung des letzten Irak-Krieges. Es wird angenommen, dass Präsident Bush nicht zuletzt aus politischen Gründen letztlich davor zurückschrecken wird. Die europäischen NATO-Verbündeten Frankreich, Grossbritannien, Deutschland, Italien u. a. sind nicht dafür, sie warnen davor.

Verteidigungsminister Scharping wandte sich vorerst vehement gegen solche Spekulationen. In einer Erklärung am 9. Januar be-

tonte er zwar seine Besorgnisse um den Einsatz deutscher Kontingente im Rahmen der ISAF (Afghanistan), insbesondere wegen der erheblichen Spannungen zwischen Indien und Pakistan und der «Engpässe auf logistischer Ebene». Die Verlegung deutscher ABC-Abwehreinheiten nach Kuwait, die mit Spürpanzern «Fuchs» ausgerüstet sind, wurde erst später bestätigt.

Die 800 Mann der ABC-Abwehrtruppe wurden seit einiger Zeit in Deutschland bereitgehalten. Bis Mitte Februar sind davon rund 170 Soldaten auf die arabische Halbinsel verlegt worden. Gemäss Bundesregierung soll lediglich deren Einsatzbereitschaft im multinationalen Rahmen überprüft werden. Entschieden unbegründet seien Mutmassungen, die Verlegung von ABC-Abwehrkräften im Rahmen der Operation «Enduring Freedom» nach Kuwait sei Teil eines Aufmarsches gegen den Irak. Für eine solche Operation gebe es keine Merkmale. Das Gegenteil sei der Fall. Bei einer Stationierung von ABC-Abwehrkräften in dieser Region, gehe es darum «defensive Fähigkeiten» zu besitzen, um sie für den Fall verfügbar zu haben.

Im Beschluss des Bundestages wurde festgelegt, deutsche Truppen dürften nur in Staaten eingesetzt werden, deren Regierungen der Stationierung zustimmten. Das gilt auch für Kuwait. Tp.

GROSSBRITANNIEN

Die Organisation der britischen Krisenreaktionskräfte

Seit 1994 verfügen die britischen Streitkräfte über ein streitkräfteübergreifendes Kommando (PJHQ – Permanent Joint Headquarters), das durch einen CJO (Chief of Joint Operations) geführt wird. Gleichzeitig wurde auch mit der Aufstellung der aus Teilen aller Teilstreitkräfte bestehenden «Joint Rapid Deployment Force» (JRRF) begonnen.

Der CJO ist primär für die Führung der britischen Kräfte in laufenden Krisen zuständig, daneben ist er aber auch für streitkräfteüberschreitende Richtlinien und für vorsorgliche Operationsplanungen verantwortlich. Das vereinigte Kommando PJHQ verfügt derzeit über einen Personalbestand von rund 440 Personen und hat keine permanent zugeordneten Truppen. Sein Auftrag ist die Einsatzplanung und Führung von UK-geführten multinationalen Operationen (z. B. ISAF) sowie die Führung britischer Kräfte, die

unter fremdem Kommando an multinationalen Einsätzen teilnehmen. Zusätzlich führt das PJHQ die souveränen britischen Basen auf Gibraltar, Zypern und den Falkland Inseln. Ausgenommen ist die Führung der Nuklearkräfte und das Kommando über die Heimatverteidigung. Der Stab des PJHQ ist so organisiert, dass die Zusammenarbeit mit einer von der NATO oder später auch EU organisierten Koalition ermöglicht wird.

Die JRRF umfasst einen Pool der aus den besten Kampf- und Unterstützungstruppen besteht; darunter befinden sich auch die Spezialtruppen. Geplant ist, dass künftig die Verlegung dieser Kräfte mit den neuen Transportschiffen (in Beschaffung) oder mit den geleasten Transportflugzeugen C-17 gewährleistet werden kann. Ab zirka 2007 sollen dann die neuen Transportflugzeuge A400M, von denen Grossbritannien 25 Stück bestellt hat, zur Verfügung stehen (siehe auch ASMZ Nr. 10/2001, Seite 47). hg



Britische Truppen der JRRF auf dem Flughafen Bagram in Afghanistan.

EUROPA

EU-Truppe noch nicht operationsfähig

Im Dezember 2001 traf sich der Europäische Rat auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs im belgischen Laeken zur halbjährlichen Bilanztagung. Für das Jahr 2001 war eigentlich geplant, dass eine erste teilweise Operationsfähigkeit der europäischen Eingreiftruppe erreicht werden

sollte. Bekanntlich will die EU bis zum Jahre 2003 in der Lage sein, 60000 europäische Soldaten für einen einjährigen Einsatz zu mobilisieren. Doch auf dem Weg zur Realisierung dieses hochgesteckten Ziels sind noch diverse Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Immer ist noch nicht geregelt, wie die geplante EU-Truppe ausreichend finanziert werden soll.



Den Europäern fehlen insbesondere leistungsfähige Lufttransportmittel. Mit den veralteten «Transall»-Maschinen (Bild) können die heutigen Bedürfnisse nicht mehr abgedeckt werden.

Im Hinblick auf die Realisierung der europäischen Eingreiftruppe werden folgende Bereiche als Unzureichend erwähnt:

- Aufklärung und Kommunikation
- Kommandostruktur
- Luft- und Seetransportmittel
- Logistik

Der europäische Militärstab in Brüssel, den der deutsche General Rainer Schuwirth führt, steht erst am Anfang. Kommt hinzu, dass der Streit mit der Türkei über die geplante Nutzung von NATO-Infrastruktur und -Mittel immer noch nicht definitiv ausgeräumt ist. Denn die EU will und ist auch gezwungen, bei eigenständigen

militärischen Operationen NATO-Strukturen zu benutzen. Bereits heute ist absehbar, dass bis 2003 eine vollumfängliche Operationalität nicht erreicht werden kann. Kommt dazu, dass sich die meisten europäischen Staaten militärisch aktiv an der internationalen Terrorüberwachung und -bekämpfung (Operation «Enduring Freedom») oder auch an der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF) beteiligen. Zusammen mit den weiterlaufenden Operationen auf dem Balkan dürfte es nur schwer sein, den Aufbau und die Realisierung der EU-Eingreiftruppen im geplanten Zeitraum zu gewährleisten. hg

SCHWEDEN

Zwillingsminenwerfer «AMOS» im Schützenpanzer CV-90

Die Integration des Advanced Mortar System (AMOS) in einen Kampfschützenpanzer CV-90 von Hägglunds hat die schwedische Beschaffungsbehörde FMV in Auftrag gegeben. Auftragnehmer ist die Firma Patria Hägglunds, ein Joint Venture der finnischen Patria Vammus und der schwedischen Hägglunds Vehicle AB. Das mobile Minenwerfersystem hat zwei Glattrohre (Länge rund 3 m) vom Kaliber 120 mm und ist mit einem

automatischen, hydro-pneumatischen Lader ausgerüstet. Mitgeführt werden können 84 Schuss HE und sechs endphasengelenkte Munition vom Typ «Stryx». Die Feuergeschwindigkeit beträgt 26 Schuss/Min., wobei die ersten vier in weniger als 8 Sekunden abgegeben werden können. Als Reichweite werden mehr als 10 km angegeben. Vom Feuerunterstützungsmittel «AMOS» existieren bereits diverse Prototypen auf unterschiedlichen Fahrgestellen; bisher primär auf der Basis von Radschützenpanzern. hg



Zwillingsminenwerfer «AMOS» auf Schützenpanzer CV-90.

POLEN

Evaluation eines neuen Radschützenpanzers

Im Zusammenhang mit der Modernisierung der polnischen Streitkräfte ist auch die Einführung einer beschränkten Anzahl Radschützenpanzer vorgesehen. Eine entsprechende Ausschreibung erfolgte bereits im letzten Jahr, wobei bisher drei Offerten an das Verteidigungsministerium Polens erfolgt sind. Bei den erfolgten Angeboten handelt es sich ausschliesslich um eigene polnische Firmen, die folgende ausländische Kampffahrzeuge vertreten:

■ Schützenpanzer «Piranha III» (6x6 und 8x8) von General Motors Defence

■ Schützenpanzer «Pandur» (6x6 und 8x8) von Steyr-DaimlerPuch und die Kampffahrzeugfamilie «Patria» von EADS.

Jede dieser Firmen muss mit einem polnischen Partnerbetrieb zusammenarbeiten und ein entsprechendes «Offset-Programm» vorweisen. Unterdessen sind – gemäss polnischen Medienangaben – die beiden Typen «Piranha III» und «Pandur 2» für die nun beginnende Endevaluation be-

stimmt worden. Je ein Fahrzeug dieser Typen soll nun über die nächsten Monate in Polen einer intensiven Erprobung unterzogen werden. Nachdem sich der bisherige Beschaffungsprozess schon über mehrere Jahre hingezogen hat, soll nun der Typenentscheid noch in diesem Jahr gefällt werden. Für die polnische Schützenpanzerbeschaffung stehen rund 320 Mio. US-Dollar zur Verfügung. Mit einer Auslieferung der Fahrzeuge ist frühestens ab Ende 2003 zu rechnen. Auf Grund vorliegender Informationen dürfte der durch die US-Firma General Motors Defence angebotene «Piranha III» die grössten Chancen besitzen. Dieses Projekt wird durch die polnischen Panzerwerke Huta Stalowa Wola vertreten, was natürlich gute Voraussetzungen für die vorgesehene Produktion bietet.

Die polnische Armee will mit den neuen Radschützenpanzern so rasch als möglich ein mechanisiertes Infanteriebataillon bilden, das auch im NATO-Rahmen für Auslandseinsätze eingesetzt werden kann. Noch ist unklar, wieviele Fahrzeuge schlussendlich beschafft werden können. hg



Schützenpanzer «Piranha III» für Polen?

AFGHANISTAN

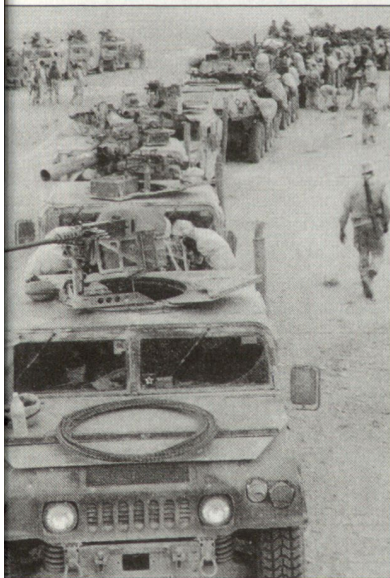
Internationale Schutztruppe unter britischer Führung

Seit Anfang Januar 2002 ist die Dislozierung der internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF) im Gange. Gemäss UNO-Resolution 1386 soll die auf maximal 5000 Mann beschränkte

internationale Truppe über die nächsten Monate hinweg die Einsetzung der afghanischen Übergangsregierung in Kabul gewährleisten. Das UNO-Mandat ist vorerst auf sechs Monate beschränkt, wobei die Option für eine bereits heute absehbare Verlängerung besteht.



Zur Sicherung der Lage in und um Kabul sind vor allem auch Minenspezialisten gefragt. (Bild: britischer Spezialist der Marines bei der Minenausbildung).



US Marines in der Region Kandahar.

Gemäss dem am 4. Januar 2002 abgeschlossenen Militär-Technischen-Abkommen (MTA) ist der Einsatz der ISAF auf die Hauptstadt Kabul, deren unmittelbare Umgebung und auf das Gelände

des Flughafens Bagram beschränkt. Die eingesetzten Soldaten können gemäss Kapitel 7 der UN-Charta von der Waffe Gebrauch machen, um sich selber oder die Mitglieder der afghanischen Regierung zu schützen.

In den ersten drei Monaten wird das Kommando der ISAF vor Ort durch Grossbritannien wahrgenommen (Kdt ist der britische Gen Major Mc Coll).

Gemäss Angaben des britischen Verteidigungsministeriums haben bis Mitte Januar 2002 insgesamt 18 Nationen die Vereinbarung über den Einsatz der Schutztruppe ISAF für Afghanistan unterzeichnet. Mit Ausnahme Neuseelands handelt es sich bisher ausschliesslich um europäische Truppenkontingente. Teilnehmer sind:

- Grossbritannien
- Deutschland
- Frankreich
- Italien
- Spanien
- Dänemark
- Schweden
- Finnland
- Norwegen
- Belgien
- Niederlande
- Bulgarien
- Rumänien
- Österreich
- Griechenland
- Türkei
- Portugal
- Neuseeland

Nebst den vorgesehenen Schutz- und Überwachungsaufgaben werden bei der ISAF vor allem Spezialisten in den Bereichen Minenräumung, CIMIC, Genie (für Minenaufklärung und -beseitigung), Militärpolizei, Sanität, Transporte und Logistik benötigt.

Die USA sind nicht an der Schutztruppe beteiligt. Sie leisten aber führungstechnische und logistische Unterstützung.

Der Einsatz der US-Truppen konzentriert sich weiterhin auf die Region Kandahar und den Osten Afghanistans. hg

do über die ISAF zu übernehmen. Das deutsche Parlament hat der Entsendung von maximal 1200 Bundeswehrsoldaten zugestimmt. Mit Ausnahme der PDS befürworteten alle Bundestagsfraktionen die Entsendung. Nach dem britischen Vorauskommando sind auch nach Überwindung erheblicher Transportschwierigkeiten das deutsche Kontingent, Fallschirmjäger aus der Oldenburger Brigade unter Führung des Brigadekommandeurs von Butler, in Kabul eingetroffen. Diese Mission gilt aus mehreren Gründen als heikelste, unberechenbarste und gefahrenträchtigste, die deutsche Soldaten in Krisenreaktionseinsätzen je übernehmen mussten.

Ursachen für das hohe Risiko sind:

1. Das Abweichen der Realität von dem, was im Petersberger Abkommen beschlossen wurde. Die Hauptstadt Kabul ist nicht entmilitarisiert, die Umgebung durch Bewaffnete und andere Streitkräfte nicht völlig geräumt. Die jetzigen Machthaber waren zunächst gegen jede Entsendung ausländischer Streitkräfte. Lediglich der auf dem Petersberg nicht anwesende König und seine Gefolgsleute stimmten dieser zu. Die Truppen sind nur leicht bewaffnet. Es fehlt die Möglichkeit, im Falle ernster Bedrohung etwa auf Kampfpanzer oder Schützenpanzer zurückzugreifen

oder mit diesen abschrecken zu können.

2. Die Versorgungslage ist nur schwierig zu gewährleisten. Deutschland verfügt nicht über die Lufttransportkapazität, um ohne fremde Hilfe den Ersttransport durchführen zu können. Allein die 230 Soldaten des Vorkommandos benötigen 86 Fahrzeuge, darunter Jeeps, Lastwagen, gepanzerte und minengeschützte Einsatzfahrzeuge des Typs «Dingo» sowie vier leicht gepanzerte Luftlandpanzer «Wiesel». Hinzu kommen Führungsmittel, Funkausrüstung, Sanitätsmaterial, Feldküchen, Minenräumgerät sowie alle Versorgungsgüter, weil aus dem Lande nichts zu besorgen ist. Die Truppe hängt völlig an der Versorgungspipeline aus Deutschland. Die Bundeswehr muss sich für den Direkttransport und die Versorgung Transportflugzeuge aus dem Ausland anmieten, denn nur diese können eine Entfernung von über 5000 km ohne Stopp überwinden. Das Nadelöhr ist der 40 km von Kabul entfernt liegende Flugplatz Bagram. Er ist unter US-Kontrolle und kann aus Sicherheitsgründen nur nachts angefliegen werden. Der Flughafen «Kabul International» ist schwer beschädigt und noch nicht voll einsatzfähig. Tp.



Teile der deutschen Luftlandebrigade 31 stehen in Afghanistan im Einsatz (Bild: Leichter Luftlandpanzer «Wiesel»).

Die deutsche Bundeswehr beteiligt sich am bisher schwierigsten Friedenssicherungseinsatz

Zur Unterstützung und Absicherung des interimistischen Regimes in Kabul hat mit Zustimmung der jetzigen afghanischen Machthaber die UNO ein

Mandat erteilt, etwa 5000 Soldaten nach Kabul und in die nähere Umgebung der Stadt zu entsenden.

Nachdem zunächst Deutschland die Führungsrolle übernehmen sollte und diese nicht annehmen konnte, hat sich Grossbritannien bereit erklärt, eine begrenzte Zeit (drei Monate) das Komman-

Auch Österreich stellt Soldaten für die Afghanistan-Schutztruppe

Anfang Januar hat die österreichische Regierung offiziell beschlossen, sich mit 60 bis 75 Mann des Bundesheeres an der Schutztruppe für Afghanistan ISAF (International Security Assistance Force) zu beteiligen. Vorderhand wird sich Österreich mit rund 60 Soldaten an diesem schwierigen Einsatz beteiligen.

Die österreichischen Soldaten sind gemeinsam mit Truppen aus den Niederlanden und Dänemark im deutschen Kontingent integriert. Dieses umfasst insgesamt gegen 1000 Personen, die im Raume Kabul eingesetzt sind. Bei den teilnehmenden Österreichern handelt es sich einerseits um ausgebildete Experten (Logistikfachleute, Staboffiziere für die militärisch-zivile Zusammenar-

beit) und andererseits um Freiwillige der Kampftruppen. Diese Spezialkräfte sind für Wach-, Sicherungs- und Objektschutzaufgaben eingesetzt. Die Ausrüstung und Geräteausstattung des österreichischen Kontingentes ist so weit wie möglich der deutschen Material- und Geräteausstattung angepasst worden.

Ein österreichischer Offizier war zu Beginn dieses Jahres bereits im internationalen Erkundungsteam für ISAF integriert. Dabei ging es um die Erkundung des Einsatzes vor Ort und um eine Absprache mit den einsatzführenden britischen Vertretern sowie den Verantwortlichen des deutschen Kontingents. Nach intensiver Vorbereitung in Österreich und Deutschland ist Anfang Februar das Gros des Kontingents (rund 50 Mann) nach Afghanistan überführt worden. hg

Die zentralasiatischen Nachbarstaaten stellen Flugplätze zur Verfügung

Mit den Militäraktionen der USA gegen Afghanistan und mit dem Einsatz der internationalen Schutztruppe für Kabul und Umgebung haben die zentralasiatischen Staaten an Bedeutung und Interesse gewonnen; dies insbesondere die Nachbarländer Tadschikistan und Usbekistan.

Die tadschikischen Streitkräfte haben zwar nur einen Umfang von rund 15000 Soldaten. Dazu kommen Innere Truppen und Grenztruppen von zusammen nochmals 7000 Mann. Der Umfang der regulären usbekischen Streitkräfte beträgt 58000 Soldaten. Darüber hinaus stehen zur Gewährleistung der inneren Si-

cherheit Truppen des Innern in einer Stärke von 10000 Mann und Grenztruppen (max. 8000) sowie eine Präsidialgarde von 900 Mann zur Verfügung. Alle Streitkräfte und Sicherungskräfte sowohl in Tadschikistan als auch in Usbekistan sind mit Waffen und Gerät sowjetischer, resp. russischer Herkunft ausgerüstet.

Taschikistan hat bereits frühzeitig den Flughafen Kuljab auch für Militärflugzeuge der NATO-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Dies sowohl im Zusammenhang mit der Operation «Enduring Freedom» als auch für Transportmaschinen zu Gunsten der ISAF. Auch die Führung Kirgisiens sowie Usbekistans stellen Teile ihrer Infrastruktur, inkl. Flugplätze, den Truppen der Allianz zur Verfügung.



Bei ihrem Kampf gegen den Terrorismus stehen der NATO auch Flugbasen in Zentralasien zur Verfügung (Bild: Tankerflugzeug KC-135R der USAF).

Grundsätzlich liegt es im Interesse der USA und der Anti-Terrorfront, die Grenzen Afghanistans zu den nördlichen Nachbarstaaten zu sichern und zu kontrollieren, um die illegale Migration und insbesondere den bisher florierenden

Drogen- und Waffenhandel einzudämmen. Diese Region wird im Hinblick auf die Sicherheit künftiger Energieströme von zunehmendem sicherheitspolitischen Interesse sein. hg

TÜRKEI

Streichung von Rüstungsvorhaben infolge der Wirtschaftskrise

Die derzeit in der Türkei herrschende Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich zunehmend negativ auf die Beschaffungsvorhaben der türkischen Streitkräfte aus (siehe auch ASMZ Nr. 6/2001, Seite 61). Im Dezember 2001 hat sich das türkische Verteidigungsministerium kurzfristig aus einem Rüstungsvertrag mit der israelischen Firma TAAS zurückgezogen. Dieser beinhaltet die Modernisierung einer ersten Tranche von 170 türkischen Kampfpanzern M-60. Als Begründung wird von türkischer Seite die unsichere Lage bei der israelischen Firma

Armee die leihweise Abgabe von Panzern M1-A1, die bei der US-Army nicht mehr benötigt werden. Zudem ist von der US-Firma General Dynamics eine günstige Offerte zur Kampfwertsteigerung der türkischen M-60 vorgelegt worden, die auch die türkischen Fahrzeugwerke FNSS-Nurol in das Programm einbeziehen soll.

Weitere Kürzungen und Verzögerungen sind auch bei der türkischen Luftwaffe absehbar. Die reduzierte Anzahl von 50 Kampfhelikoptern AH-1Z «King Cobra» dürfte mit Verzögerung eingeführt werden. Die geplante Zahl von Frühwarnflugzeugen des Typs E-737, die im Jahre 2001 von ursprünglich acht auf noch vier



Unter der Wirtschaftskrise leidet auch die eigene türkische Rüstungsindustrie. Bild: Prototypen neuer Flab-Systeme.

TAAS angegeben, die anscheinend mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat.

Bekanntlich hat die Türkei bereits im Frühjahr 2001 entschieden, die geplante Panzerbeschaffung auf unbestimmte Zeit zurückzustellen. Geplant war seinerzeit die Einführung von rund 1000 neuen Kampfpanzern, für die eine Lizenzherstellung in der Türkei vorgesehen ist. Nun scheint vorerst auch die mit Priorität vorgesehene schrittweise Modernisierung der im Einsatz stehenden Panzer M-60 gefährdet zu sein. Unterdessen haben die USA der Türkei Hilfe zugesagt: Das Pentagon offeriert der türkischen

reduziert wurde, muss vermutlich weiter gekürzt werden. Zudem droht die Stornierung weiterer Beschaffungsprojekte: Dazu gehören die Einführung von schweren Transporthelikoptern CH-53, die Beschaffung von Seeaufklärungsflugzeugen CN-235M und von weiteren Kampfflugzeugen F-16. Bisher noch nicht absehbar sind die Konsequenzen auf den geplanten Kauf von zehn Transportflugzeugen A400M. In der aktuellen Situation dürfte es für die Türkei kaum möglich sein, diese Beschaffung zeitgerecht zu tätigen, was sich negativ auf die europäische Luftfahrtindustrie auswirken dürfte. hg ■